

**Impulsreferat
Was Kommunen für Energieeffizienz und
erneuerbare Energien tun können?
Impulsreferat 4. DEMO-Kommunalkongress**

Berlin, 06.11.2009, 11:15

Anrede,

Sie haben mich gebeten, zur Frage „Was können Kommunen für Energieeffizienz und Erneuerbare Energien tun?“ einen kurzen Impuls für die nachfolgende Diskussion zu geben. Das möchte ich gerne tun. Die ganz kurze Antwort auf diese Frage lautet: Sie ist neben der Bundesebene die entscheidende Ebene, die kommunale. Es ist aber illusorisch in 10 Minuten alle Möglichkeiten erschöpfend darzustellen. Ich kann deshalb nur einige der grundsätzlichen Möglichkeiten für Kommunen ansprechen und – wo möglich - einige Beispiele nennen.

Lassen Sie mich aber zu Beginn einige Einschätzungen und Bewertungen zum gerade beschlossenen Koalitionsvertrag der neuen Regierungskoalition und deren Bedeutung für die zukünftige Energiepolitik geben.

Die Koalitionsparteien haben sich in ihrem Koalitionsvertrag zu den

Klimaschutzzielen der alten Bundesregierung bekannt: minus 40 Prozent CO₂-Ausstoss bis 2020 im Vergleich zu 1990 und minus 80 Prozent bis zum Jahr 2050. Es wird vom „Aufbruch in das regenerative Zeitalter“ gesprochen.

Diese Ziele unterschreiben wir alle - auch der Bundesverband Erneuerbare Energie. Und ich stelle fest, dass damit keine Regierungskonstellation mehr denkbar ist, die nicht hinter den Klimaschutzzielen und den Ausbau der Erneuerbaren Energien steht. Vielleicht kein historischer, so doch ein bemerkenswerter Moment.

Es lassen sich aber im Koalitionsvertrag eine Reihe von Beschlüssen finden, die den Klimaschutzzielen widersprechen. Sei es die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke, die in absehbarer Zeit zur Verstopfung der Netze führen wird. Sei es das Bekenntnis zu weiteren neue Kohlekraftwerken, die wir nach unseren Prognosen nicht brauchen, schon gar nicht bei einer Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke. Sei es die unzureichenden Instrumente im Wärmesektor, die sich nicht trauen, den schlafenden Riesen zu wecken. Oder sei es, die unambitionierte Verkehrspolitik, die das Wort Verkehrsvermeidung nicht kennt und hofft mit verbesserten Motoren zu einer Verbrauchsenkung zu kommen, dies aktuell aber für Kleinlaster ablehnt.

Ungeachtet all dieser Widersprüchlichkeiten sind die Klimaschutzziele nur mit einem massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien zu erreichen, unterstützt durch Energieeinsparung und Energieeffizienz.

Was können nun die Kommunen für ebendiese Energieeffizienz und

Erneuerbare Energien tun? Ohne die Kommunen als Akteure ist wirklicher Klimaschutz nicht möglich.

Dabei haben aus meiner Sicht die sozialdemokratisch regierten Kommunen auch die Aufgabe zu zeigen, dass das regenerative Zeitalter nicht in weiter Ferne liegt, sondern in weiten Teilen schon heute möglich ist. Diese praktischen Beispiele gilt es insbesondere denjenigen zu zeigen, die der Meinung sind, man könne zwar aus der Kernenergie aussteigen, bräuchte dann aber im Umkehrschluss neue Kohlekraftwerke. 80 bis 95 Prozent weniger CO₂, wie ja das Reduktionsziel für die Industrieländer formuliert ist, sind aber nicht mit neuen Kohlekraftwerken zu erreichen, die bis zum Jahr 2050 laufen.

Meine Damen und Herren,

Der BEE hat vor knapp drei Wochen seine Gesamtprognose für die Energieversorgung in allen drei Sektoren - Strom, Wärme und Verkehr - bis zum Jahr 2020 vorgestellt. Insgesamt werden die Erneuerbaren Energien 2020 rund 28 Prozent des deutschen Energieverbrauchs abdecken. Das überschreitet die Zielvorgabe der alten Bundesregierung um 8 beziehungsweise das EU-Ziel für Deutschland um 10 Prozent. Dies sind im Einzelnen Anteile von rund 47 Prozent im Stromsektor, 25 Prozent im Wärmesektor und 18 Prozent im Verkehrssektor.

Die Kommunen müssen, unterstützt durch eine sinnvolle Gesetzgebung, aber auch aus wohlverstandenen Eigeninteresse in allen Energiesektoren einen wichtigen Beitrag leisten.

Voraussetzung für eine zielgerichtete Arbeit ist die Formulierung eines politischen Ziels samt Zielmarke und Zeitraum bis zu dem das Ziel erreicht werden soll. Vor dem geschilderten Hintergrund ist das anzustrebende mittel- bis langfristige Ziel die **100 Prozent-Versorgung mit Erneuerbaren Energien**. Hilfreich ist immer ein regelmäßiger (Jahres)-**Bericht** in dem transparent das bisher Erreichte dargestellt ist.

Die Kommune sollte für die Umsetzung **alle Akteure vor Ort zusammen** ziehen. Dazu gehören Kommunalverwaltung, Wissenschaft, lokales Gewerbe, Handwerk, in ländlichen Regionen Landwirte, Bürgerinitiativen und Verbraucher. Die „Klimaschutzgemeinde 2009“ Wettenberg im Landkreis Gießen in Hessen hat zum Beispiel seit vielen Jahren einen **Energiebeirat**, der die Verwaltung berät, Energieberatungskonzepte und Förderprogramme für Bürger und Unternehmen entwickelt und die Öffentlichkeit informiert.

Bürgerbeteiligung kann aber auch bedeuten „richtige“ Beteiligungsangebote bei Erneuerbare-Energienprojekten mit den Projektentwicklern auszuhandeln. So kann zum Beispiel für Bürger der einen Windpark umgebenden Gemeinden, die Beteiligungsschwelle herabgesetzt werden, so dass auch finanzschwächere Haushalte von den Einnahmen profitieren können.

Eine weitere Form der Bürgerbeteiligung und der gleichzeitigen Umwelterziehung sind zum Beispiel die 50/50-Energieeinsparprojekte in den Schulen und Kindergärten. Bei denen kann die Schule die

Hälfte der eingesparten Energiekosten behalten und selbständig verwenden.

Um die Arbeit der Verwaltungen zu koordinieren ist die Gründung eines **Ausschusses für Energie** innerhalb der kommunalen Verwaltung, in dem die Vertreter der mitbestimmenden Verwaltungsbereiche vertreten sind. Bei größeren Städten sollte in den Stadt- und Gemeinderatsgremien ein eigenständiger **Energieausschuss** gebildet werden, bei dem alle energierelevanten Fragen zusammenlaufen und entschieden werden. Ich kann Ihnen nur raten, in der Verwaltung Strukturen zu schaffen, die die übergreifenden Energiefragen bündeln.

Bei der Beschaffung von Gütern sowie bei der Vergabe von Aufträgen sollten Städte und Gemeinden Anschaffungen und Leistungen nach einem **erweiterten Wirtschaftlichkeitsbegriff** bewerten, d. h. entsprechend ihrer Lebenszykluskosten. Also unter Berücksichtigung von vollen Herstellungs-, Betriebs- und Entsorgungskosten. Das heißt zum Beispiel bei Gebäuden, dass bei Investitionen deren Folgekosten für mindestens 10 Jahre berücksichtigt werden sollten, um zum Beispiel eine Energiekostensteigerung zumindest annähernd in die Kalkulation aufnehmen zu können.

Ganz wichtig ist die **Vorbildfunktion der öffentlichen Hand**. Bürger und Medien achten heutzutage sehr genau darauf, wie sich die öffentlichen Institutionen verhalten und verlieren sehr schnell das Vertrauen, wenn den Zielen entgegenlaufende Projekte verwirklicht werden. Selbst wenn die Kommune meint, selber keine eigenen Solaranlagen finanzieren zu können, kann Sie eigentlich immer die Dächer der öffentlichen Gebäude für Bürger-Solaranlagen zur Verfügung stellen. Gerade Pilotprojekte sind ein Anlass auf neue technische Lö-

sungen hinzuweisen und das Image der Kommune zum Teil bundesweit zu verbessern. Die „Solarstadt“ Freiburg ist dabei nur ein Beispiel. Darüber hinaus werden Pilotprojekte oft von der Bundes- und/oder Landesebene gefördert und meist wissenschaftlich begleitet.

Darüber hinaus wäre es wünschenswert, wenn es eine **zentrale Beratungsstelle** der Kommune für ihre Bürger **zu allen Energiefragen** gibt. Wie jeder aus eigener Erfahrung wahrscheinlich weiß, ist nichts frustrierender als von Pontius zu Pilatus geschickt zu werden. Die Bürger wollen Informationen, geben Sie sie ihnen.

Meine Damen und Herren,

Ich komme nun zu einem Punkt, der zunächst nur mittelbar mit den Erneuerbaren Energien zu tun hat. Zum Wiederaufbau einer kommunalen Energieversorgung durch den Rückkauf der Verteilungsnetze. Allein in den Jahren 2010 und 2011 laufen 2000 der 20000 Konzessionsverträge für die Stromnetze der Kommunen aus. Bis 2013 sind es insgesamt sogar 5000.

Dies bietet den Gemeinden und Städten die einmalige Chance wieder in den **Besitz der Netze** zu kommen und zunächst einmal selber von den Einnahmen des Netzbetriebes zu profitieren. Mittelfristig bietet sich aus meiner Sicht die Möglichkeit endlich wieder selber aktiver Player im Energiemarkt zu werden.

Ein aktuelles und das bisher größte Beispiel ist der Rückkauf der Thüga durch einen großen Verbund kommunaler Unternehmen. Ich begrüße diese Initiative ausdrücklich und hoffe auf Nachahmer, gerne auch im kleineren Maßstab.

Ein anderes Beispiel ist die 15 000 Einwohner Stadt Wolfhagen in Nordhessen. Die dortigen Stadtwerke kauften Anfang 2006 das Netz von Eon Mitte. Mittlerweile hat sich der Kundenstamm um 1000 erhöht, die Stadt profitiert von den Gewerbesteuerereinnahmen und plant aktuell einen Bürger Windpark.

Nun ist es sicher nicht sinnvoll, dass jede kleine Gemeinde allein das Netz übernimmt und ein Stadtwerk gründet. Aber über den Zusammenschluss mehrerer Gemeinden lassen sich ausreichend große Verbände bilden. Ein Beispiel ist das Regionalwerk Bodensee, in dem sich sieben Gemeinden zusammengeschlossen haben und so auf 60 000 Einwohner kommen. Mitte 2009 wurde das Netz von EnBW zurückgekauft. Jetzt soll die Biomasse weiter ausgebaut und kleine Wasserkraftwerke reaktiviert werden und eine Genossenschaft für Photovoltaikanlagen wurde gegründet.

Zu allen Fragen zu diesem komplexen Thema hat – wie viele von Ihnen wahrscheinlich schon wissen - der Verband kommunaler Unternehmen, VKU, hat zusammen mit dem Deutschen Städtetag und den Deutschen Städte- und Gemeindebund eine ausführliche stark praxisorientierte 100seitige Broschüre veröffentlicht. Ich kann die Lektüre nur empfehlen und Ihnen Herr Weil stellvertretend dafür danken.

Im Stromsektor können die Kommunen relativ einfach ihren Strombezug ändern und für die **öffentlichen Gebäude 100 Prozent Erneuerbaren Energien-Strom beziehen**. Zu achten ist dabei nur darauf, dass von dem Anbieter zusätzliche Anlagen installiert werden und es nicht nur zu einen virtuellen „Zertifikatstausch“ kommt, ohne tatsächlichen Effekt auf den Strommix.

Viel besser aus meiner Sicht ist der **Einstieg in die Eigenerzeugung**

von Erneuerbaren Strom. Sei es durch Investitionen der eigenen Stadtwerke auf dem einen Gemeindegebiet oder durch die Beteiligung an größeren weiter entfernten Projekten wie zum Beispiel an den Offshore-Windparks durch die Südwestdeutsche Stromhandels GmbH.

Planungsbereich

Speziell beim Wind ist die Ausweisung von Windvorranggebieten und insbesondere die Aufhebung oder mindestens die Anhebung - auf 136 m - von Höhenbegrenzungen beim Repowering dringend erforderlich. Immerhin geht es beim Repowering um die **Halbierung der Anlagenzahl bei einer Verdoppelung der Leistung und einer Verdreifachung des Ertrags**. In Hessen, Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen geht es dagegen darum, überhaupt ausreichend Flächen für die Windkraft auszuweisen.

Der Aufbau von Windparks trifft zurzeit oft auf den starken Widerstand der betroffenen Bürger. Die Kommunen sollten hier eine **Moderatorrolle** übernehmen, um Investoren, Bürger und Medien zusammenzubringen und um der Diskussion eine sachliche Struktur zu geben.

Im Photovoltaiksektor sind **Solarkataster** eine gute Methode, den Bürger zu informieren, ob sein Dach für eine Anlage geeignet ist. Gleichzeitig kann auf diesem Wege auch dargestellt werden, welche öffentlichen Dächer zu welchen Bedingungen zur Verfügung stehen.

In der Bauleitplanung sollte darauf geachtet werden, dass die Gebäude so ausgerichtet sind, dass sie für eine PV-Nutzung auch geeignet sind. Leider zeigt das Beispiel Marburg, dass die Einführung einer Solarsatzung für bestehende Gebäude leider nicht so einfach zu bewerkstelligen ist, wie es eigentlich sinnvoll wäre.

Die Teilnahme an der Solar-Bundesliga ist übrigens eine wunderbare PR-Maßnahme (Bundesländer-Ranking)

Im Bereich der Bioenergienutzung sind die Kommunen zum einen darin gefragt ihre Bürger frühzeitig zu informieren, um frühzeitig Akzeptanz zu schaffen. Zum anderen sollte über eine vorausschauende Verkehrsplanung die Belastung von Wohngebieten im Vorhinein gering gehalten werden. Und die Kommunen sollten darauf achten, dass die Anlagengenehmigungen nicht unnötige Hindernisse entgegengesetzt werden.

Die Hälfte unserer Energie verbrauchen wir im Wärmebereich. Daher sind hier die Anstrengungen besonders wichtig und sinnvoll.

Mit dem Erneuerbare-Energie-Wärmegesetz haben Kommunen mittlerweile einen größeren Handlungsspielraum für den Einsatz von Erneuerbaren Energien zur Wärmeerzeugung. So ist es jetzt leichter die Anschlusspflicht an ein Wärmenetz vorzuschreiben. Insbesondere bei in Neubaugebieten bietet es sich jetzt an eine zentrale erneuerbare Wärmeversorgung aufzubauen. Aber auch in Sanierungsgebieten sollte so etwas möglich sein. Die Bioenergiedörfer wie Jühnde machen es vor oder die Geothermiesiedlung in Köln.

Was fehlt und dringend gebraucht wird, ist gangbarer Weg den Altbestand für den Einsatz Erneuerbarer Energien zu erschließen. Der BEE fordert daher einen Dreiklang von

- 1) energetischen Qualitätsstandards
- 2) regenerativen Mindeststandards und
- 3) verlässlichen ökonomischen Anreizen.

Hier ist vor allem die Bundesebene gefordert. Aber die Kommunen mit ihre Wohnungsgesellschaften sollten darauf drängen, dass die Bundesregierung mehr macht als sie bisher plant.

Ebenso muss das Nutzer-Investor-Dilemma aufgelöst werden, um Investitionen auch im Mietwohnungsbereich zu ermöglichen. Mieter und Investoren müssen vom Ausbau Erneuerbarer Energien gleichermaßen profitieren. Wir brauchen Bewegung in dieser so schwierigen Rechtsmaterie, um den Sanierungsstau erfolgreich aufzulösen und um mittelfristig soziale Probleme durch zu hohe Heizkosten zu vermeiden. Ich zähle auf Ihre Unterstützung.

Mit einem Nahwärmenetz hat man zudem ein Speicherpotential das die KWK-Nutzung erheblich erleichtert und wirtschaftlicher macht.

Wie eingangs erwähnt muss der öffentliche Gebäudebestand zum **Schaufenster für regenerative Heizungstechnik** entwickelt werden. Öffentlichen Gebäuden, die täglich von Millionen Menschen genutzt werden, kommt eine besondere Vorbildfunktion zu. Jede energetische Sanierungsmaßnahme in diesem Bereich sollte als Anlass für die vollständige Umstellung auf Erneuerbare Energien genutzt werden. Am Eingang sollte gut sichtbar der **Energiepass** ausgestellt werden.

Lassen sich mich an Ende dieser Handlungsmöglichkeiten noch kurz auf den Verkehrsbereich jenseits der Förderung des Fußgänger- und Radverkehrs und der Förderung des öffentlichen Nahverkehrs eingehen.

Hier bietet sich die Möglichkeit die **kommunalen Verkehrsbetriebe** auf 100% Biokraftstoffe umzustellen. Zum Beispiel in Kooperation mit einer Biogastankstelle. Zum anderen können S-, U- und Straßenbahnen mit regenerativem Strom betrieben werden. Und auch hier wie-

der die Vorbildfunktion: der Fuhrpark kann auf kleine, leichte schon jetzt erhältliche und alltagstaugliche Elektro-Mobile umgestellt werden. Auch als Zeichen an die Automobilhersteller, dass man nicht gewillt ist, noch zehn Jahre auf entsprechende Fahrzeuge zu warten.

Meine Damen und Herren,

sollte der Ausbau bis zum Jahr 2020 wie von uns prognostiziert stattfinden, werden sehr viel mehr 100 Prozent Erneuerbare Kommunen haben als heute. Die Erneuerbaren Energien werden mit einer CO₂-Vermeidung in Höhe von etwa 57 Millionen Tonnen im Jahr 2020 einen erheblichen Umweltnutzen von rund 4 Milliarden Euro erwirtschaften.

Außerdem reduziert sich die Rechnung der deutschen Volkswirtschaft für Energieimporte im Wärmesektor um knapp 16 Milliarden Euro. Dieses Geld steht stattdessen für vorwiegend heimische Wertschöpfung, den weiteren Ausbau einer regenerativen Heizungsindustrie sowie für Aufträge an das heimische Handwerk zur Verfügung.

Die Erneuerbaren Energien sind damit 2020 bereits auf einem guten Wege, das prägende Element der zukünftigen Energieversorgung zu werden. Das Jahr 2020 stellt auf diesem Wege jedoch allenfalls einen Zwischenschritt dar. In den kommenden Jahren kommt es darauf an, auch in den kommunalen Körperschaften alle energiepolitischen Entscheidungen darauf hin zu überprüfen, ob sie dem Ziel einer vollständigen Umstellung unserer Energieversorgung dienen oder diese etwa in der Zeit nach 2020 gar verzögern.

Die Kommunen tragen hier nicht allein die Verantwortung. Aber sie sind ein wichtiger Akteur auf diesem Weg. Die zukünftige regenerati-

ve Energieversorgung wird umwelt- und klimafreundlich sowie bezahlbar sein. Sie wird demokratischer und sie wird 500 000 Menschen Arbeit geben. Und sie hilft international bei der Friedenssicherung. Also alles Ziele die Sozialdemokraten am Herzen liegen sollten.

Meine Damen und Herren,

Ich danke Ihnen.